



## Öffentliche Beschlussvorlage

an den Rat

Tischvorlage

<b>Vorl.-Nr.:</b> 27/2004
<b>Fachbereich:</b> Bildung, Kultur, Freizeit
<b>Produktnummer:</b> 40.01.02
<b>Datum:</b> 27.01.2004
<b>Gez.:</b> Thomas Backes

<b>29.01.2004</b>	<b>Rat</b>					
Top:	Einst.:	J:	N:	E:	Bemerkung:	

### Betreff

**Kompromissvorschlag der Elterninitiative zur Erhaltung der Grundschullandschaft in der Stadt Coesfeld**

### Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, den Kompromissvorschlag der Elterninitiative zur Erhaltung der Grundschullandschaft in der Stadt Coesfeld nicht anzunehmen.

### Begründung

Die Elterninitiative zur Erhaltung der Grundschullandschaft in der Stadt Coesfeld hat am 26.1.2004 einen Kompromissvorschlag hinsichtlich der beabsichtigten Schließung der Jakobi- und Martinschule Brink eingereicht. Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

#### Ausgangslage:

Die **Stadt ist verpflichtet**, Schulen und Schulstandorte so zu planen, dass die **Angebote für alle Schüler in der Stadt unter möglichst gleichen Bedingungen** wahrgenommen werden können (§ 10 b SchVG).

Unter Beachtung dieser Vorgaben ist in den vergangenen Monaten die **Neuorganisation der Grundschullandschaft** erarbeitet und abgestimmt worden. Im Einzelnen wurden dabei **folgende Ziele** berücksichtigt:

- **Einhaltung der Klassenstärken** innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Bandbreiten **an allen Schulstandorten**
- **Bereitstellung eines** in Größe und Angebot **vergleichbaren Schulraumangebotes an möglichst allen Schulstandorten**
- **Wirtschaftliche Raumnutzung** und Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten an den Grundschulen
- Optimale Nutzung des vorhandenen **Sport- und Betreuungsangebotes möglichst an allen Schulen**
- **Berücksichtigung des Bedarfs für Schüler der Sekundarstufe II** des Oswald-von-Nell-Breuning Berufskollegs
- **Zumutbare Schulwege** unter Beachtung der Vorgaben der Schülerfahrkostenverordnung.

### **Beschlusslage:**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 18.12.2003 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

1. Auslaufende Auflösung der Jakobischule mit Wirkung vom 01.08.2004
2. Änderung der Schulbezirke mit Wirkung vom 01.08.2004
3. Auslaufende Auflösung der Martinschule Brink mit Wirkung vom 01.08.2005
4. Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Rosendahl mit Wirkung vom 01.08.2005
5. Auflösung der Kard.-von-Galen-Schule Goxel zum 31.07.2009

### **Kompromissvorschlag Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens:**

Die Vertretungsberechtigten haben am 26.01.2004 einen Kompromissvorschlag eingereicht und in Aussicht gestellt, dass sie bei Beschluss dieses Vorschlages durch den Rat auf eine Durchführung des Bürgerentscheides verzichten würden. Dieser Vorschlag sieht wie folgt aus:

#### **a) Jakobischule**

Schließung der Jakobischule im Sommer 2008. Bis dahin soll der Schulbetrieb regulär weiter betrieben werden, um dann alle verbliebenen Klassen bzw. Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit den aufnehmenden Schulen gezielt in diese zu integrieren. Um Kosten zu reduzieren soll die Jakobischule in diesem Zeitraum als Nebenstelle der Lambertischule geführt werden. Die Klassen 1 und 2 sollen eventuell jahrgangsübergreifend unterrichtet werden.

#### **b) Martinschule**

Weiterführung der Martinschule Brink bis zum Zeitraum 2012 – 2015. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes im Jahr 2008. Auf dieser Grundlage soll im Zeitraum 2012 bis 2015 eine bedarfsorientierte und kostenneutrale Entscheidung getroffen werden. Es soll dann entschieden werden, ob ein Auslaufen oder gar eine Weiterführung des Schulbe-

triebs sinnvoll ist. Es soll eine dezentrale Organisationsstruktur eingeführt werden. Die Martinschule soll ab 2008 / 2009 dann möglicherweise als Nebenstelle der Lambertischule geführt werden. Die Schulbezirke sollen adäquat geändert werden und sich z.B. an den Kirchengemeindengrenzen orientieren. Der Förderverein soll Aufgaben zur Kostenreduktion übernehmen.

Die Elterninitiative hat einen Kostenvergleich erstellt. Danach wäre der Kompromissvorschlag 2012 / 2013 kostengünstiger.

Die Unterlagen sind als Anlage beigefügt.

## **Kurzbewertung der Kompromissvorschläge:**

### **a) Jakobischule**

- Die Schülerzahlen an der Jakobischule reichen in den kommenden Jahren nicht aus, um vernünftige Klassenbildungen innerhalb der vorgeschriebenen Bandbreiten vornehmen zu können. Die Zweizügigkeit wird dabei evtl. ab dem Schuljahr 2007/08 nur ganz knapp erreicht; wobei dann jeweils nur sehr kleine Klassen unterhalb der Bandbreite (18 – 30 Schüler) oder jeweils eine große Klasse gebildet werden können. Dies führt schon innerhalb der Schule zu einem Ungleichgewicht hinsichtlich ausgewogener Klassengrößen. Mit jahrgangsübergreifendem Unterricht ist zwar in einzelnen Jahren eine gewisse Kompensation der Klassengrößen möglich, das Problem ist aber nicht vollständig lösbar.
- Eine Stärkung des Schulbezirks der Jakobischule durch die Einrichtung von Überschneidungsgebieten mit der Lambertischule oder der Maria-Frieden-Schule würde zur Schwächung dieser Schulen führen. Die 3- Zügigkeit der Maria- Frieden- Schule wäre gefährdet. Ebenso wäre die Zweizügigkeit der Lambertischule nicht mehr sicher zu gewährleisten. Dies hätte Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der eingerichteten Betreuungsangebote an diesen Schulen und verringert auch die Chancen für die Überführung dieser Angebote in Angebote der Offenen Ganztagschule. Daher wird die Bildung von Überschneidungsgebieten mit der Jakobischule von diesen Schulen zu Recht abgelehnt (s. Stellungnahmen der Maria- Frieden- Grundschule und der Lambertischule zum Schulentwicklungsplan).
- Die vorgeschlagene Verlegung des Schulkindergartens von der Lambertischule zur Jakobischule bringt ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg zur Stärkung der Schülerzahlen. Die Verlegung für maximal 1 Jahr ist nicht sinnvoll, da an der Lambertischule entsprechend ausgestattete Räume vorhanden sind, an der Jakobischule jedoch nicht.
- Durch die Aufnahme der Schüler der Jakobischule alleine wird ein Ausbau der Lambertischule nicht notwendig. Erst wenn auch die Martinschule hinzukommt, ist ein Ausbau des bereits bei Erstellung der Lambertischule hierfür baulich vorbereiteten Dachgeschosses erforderlich.
- Die vorgeschlagene Dependence wird aus pädagogischen Gründen sowohl von der Schulaufsicht als auch von der Schulleitung der Lambertischule als sehr problematisch angesehen. Auch die Bildung von gleich großen Klassen ist dann äußerst schwierig.

- Trotz intensiver Bemühungen der Schulleitung der Jakobischule konnte bislang ein Betreuungsangebot an dieser Schule nicht eingerichtet werden.
- Für das kommende Schuljahr (2004/05) ergibt sich folgende Situation: Insgesamt werden 26 Kinder im Bezirk der Jakobischule schulpflichtig. 10 Schülerinnen und Schüler sind zwischenzeitlich an anderen Grundschulen angemeldet worden. Als Grund wird in erster Linie das fehlende Betreuungsangebot angegeben. Von den verbliebenen 16 Kindern sind 4 Kinder noch im Verfahren zur Feststellung der Schulfähigkeit. Die Schulleitung geht davon aus, dass 2 Kinder schulfähig sind, so dass im kommenden Schuljahr tatsächlich von max. 14 Schulanfängern auszugehen ist und damit der einzuhaltende unterste Wert der Bandbreite (18) nicht erreicht wird. Inwieweit sich diese Tendenz bei einem Fortbestehen der Jakobischule auch in den nächsten Jahren fortsetzt, kann nicht prognostiziert werden.
- Bei Weiterführung der Jakobischule bis zum Jahre 2008 können den Schülern der Sekundarstufe II am Oswald-von-Nell-Breuning Berufskolleg die dringend notwendigen Klassenräume nicht zur Verfügung gestellt werden.

#### b) Martinschule Brink

- Eine Beurteilung der Schülerzahlenentwicklung für den Zeitraum 2012 – 2015 kann derzeit wegen fehlender Daten nicht erfolgen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Schülerzahlen nicht über die Zahlen im Planungszeitraum des Schulentwicklungsplanes hinausgehen werden.
- Mit Kindern aus dem Bereich Brink ist eine Bildung der Klassen innerhalb der Bandbreiten (18 – 30) bereits ab dem Schuljahr 2005/06 nicht mehr möglich. Notwendig wäre es, zusätzlich alle schulpflichtigen Kinder aus Höven und dem Überschneidungsgebiet Citadelle der Martinschule zuzuweisen, um zu zulässigen Klassengrößen zu kommen. Dies macht die nachfolgende Tabelle deutlich.

Schuljahr	Brink	Höven	Überschneidungsgebiet	gesamt
2005/06	9	6	5	20
2006/07	9	3	4	16
2007/08	9	6	8	23
2008/09	16	1	14	31
2009/10	10	3	4	17

- Die Zuweisung aller Kinder aus dem Überschneidungsgebiet würde dabei zu einer Stärkung der Martinschule zu Lasten der Lambertischule führen. Dies schwächt natürlich auch die bestehenden Betreuungsangebote an dieser Schule.
- An der Martinschule könnte nach wie vor kein Betreuungsangebot angeboten werden.
- Eine weitere Stärkung des Schulbezirks durch ein Überschneidungsgebiet mit dem Schulbezirk der Ludgerischule wird von dieser Schule nicht gewünscht.
- Die vorgeschlagene Dependence wird aus pädagogischen Gründen sowohl von der Schulaufsicht als auch von der Schulleitung der Lambertischule als sehr prob-

lematisch angesehen. Auch die Bildung von gleich großen Klassen ist in diesen Fällen äußerst schwierig.

- Fördermöglichkeiten für lernschwache aber auch für begabte Kinder sind an einer einzügigen Schule stark eingeschränkt.
- Die Lehrerversorgung wäre ohne Aufstockung der Schülerzahlen durch das Überschneidungsgebiet und gegebenenfalls weitere Bereiche (Hengte) ab dem Schuljahr 2006/2007 nicht mehr ohne Probleme zu sicherzustellen.
- Bei einer Übernahme aller Schüler en bloque könnten die Klassenverbände nicht zusammenbleiben, da dies zu einer Vierzügigkeit an der Lambertischule führen würde.
- Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Kompromissvorschlag für die Martinschule deutlich über den der Jakobischule, aber auch über den mit der Kardinal-von-Galen-Schule Goxel abgeschlossenen Kompromiss hinausgeht.

### **Bewertung der Kostendarstellung der Vertretungsberechtigten**

Die vorliegende Kostendarstellung wurde geprüft. Die Ergebnisse sind nicht richtig, da insbesondere die durch bauliche Investitionen ausgelösten Kosten nicht berücksichtigt (Investitionen Martinschule, die bei Weiterbetrieb bis 2015 erforderlich werden) oder finanztechnisch nicht korrekt dargestellt wurden.

Für einen realistischen Vergleich ist eine Berücksichtigung der Kosten ab dem Schuljahr 2004 / 2005 und mindestens bis zum Jahr 2015 erforderlich. Die willkürliche Beschränkung auf den Zeitraum 2008 bis 2015 führt automatisch zu falschen Ergebnissen.

Die Berechnung der Vertretungsberechtigten wurde entsprechend korrigiert und ergänzt. Die Lösung auf der Basis des Ratsbeschlusses ist von Anfang an erheblich günstiger als der Kompromissvorschlag. Dabei wurden mögliche Veräußerungserlöse noch nicht einmal berücksichtigt. Das würde das Ergebnis noch deutlicher zugunsten des Ratsbeschlusses verschieben. Die Berechnung und Darstellung ist als Anlage beigefügt. Über den Zeitraum 2004 bis 2015 entstehen Mehrkosten von ca. 623.000 €.

### **Ergebnis:**

Würdigt man den Kompromissvorschlag ausschließlich aus der Perspektive, Schulschließungen so lange wie möglich aufzuschieben, so wäre eine Umsetzung im Ergebnis zwar denkbar, letztlich aber auch nur unter Inkaufnahme erheblicher Nachteile für die Schüler an der Jakobischule und Martinschule.

Die Kurzbewertung zeigt auch, dass der jetzt eingereichte Kompromissvorschlag den prognostizierten Schülerrückgang nicht ausreichend berücksichtigt und deshalb eine Stärkung der beiden von einer Schließung betroffenen Schulen nur im Wege von umfangreichen Schulbezirksänderungen möglich ist, die zu Lasten der verbleibenden Grundschulen gehen würden. Der Kompromissvorschlag führt zu wesentlich höheren Kosten. Dabei sind die notwendigen Investitionen an der Lambertischule bei der Lösung nach Ratsbeschluss berücksichtigt.

Für die Jakobischule erkennen die Vertreter des Bürgerbegehrens mit dem Kompromissvorschlag offensichtlich an, dass die Schule in absehbarer Zeit geschlossen werden muss. Das Anliegen, den Termin der Schließung auf das Jahr 2008 zu verschieben und dann die Schüler en bloque an der Lambertischule aufzunehmen, ist diskussionswürdig. Allerdings

stehen diesem Wunsch der akute Raumbedarf für die Sekundarstufe II und die Notwendigkeit entgegen, durch Bildung eines Überschneidungsgebietes mit der Maria- Frieden- Schule deren Dreizügigkeit zu sichern. Der Modus des Übergangs müsste im Übrigen in einem anschließenden Beteiligungsverfahren mit den betroffenen Schulen festgelegt werden.

Für den Bereich der Martinschule wird die notwendige Entscheidung trotz der klar erkennbaren Entwicklung aufgeschoben. Das hat zur Folge, dass die gesicherte Grundlage für eine Verbesserung des Grundschulangebotes im Bereich der Schulen im zentralen und östlichen Stadtgebiet auf Jahre hinaus fehlt. Für neue Entwicklungen wie die Offene Ganztagschule fehlt damit die notwendige Basis.

Es ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung völlig unrealistisch anzunehmen, dass eine Schließung der Schulen gänzlich abzuwenden ist. Ausschließliches Ziel des angestrebten Kompromisses ist eine Verschiebung der Schulschließungen auf einen späteren Zeitpunkt. Die Bewertung zeigt deutlich, dass bei einer Festlegung auf diese Zielsetzung wesentliche Faktoren einer guten Schulentwicklungsplanung nicht beachtet werden. Dies geht zu Lasten anderer Schulen im Stadtgebiet.

### **Kompromissvorschlag der Verwaltung**

Im Zuge der Prüfung des von den Vertretungsberechtigten vorgelegten Kompromissvorschlags hat die Verwaltung nochmals alle Möglichkeiten geprüft, die einerseits die Kriterien einer ordnungsgemäßen Schulentwicklungsplanung im Primarbereich erfüllen, andererseits aber dem Wunsch der betroffenen Eltern und Schulen nach einer zumindest längeren Übergangszeit und gegebenenfalls auch abweichenden Form des Übergangs entgegenkommen.

Unter Beachtung der grundlegenden Planungsziele wären folgende Varianten einer Auflösung und Zusammenführung der Schulen als äußerster Kompromiss noch denkbar:

- Jakobischule:

Schließung der Jakobischule zum 31.07.2006, Übernahme der Klassen 2,3 und 4 en bloque im geschlossenen Klassenverband zur Lambertischule am 1.08.2006

(bisher: auslaufende Auflösung ab 01.08.2004, Übernahme der verbleibenden Klassen an die Lambertischule zum 01.08.2005, 2006, spätestens 2007 in Abstimmung mit der Schulkonferenz der Jakobischule)

- Martinschule:

Auslaufende Auflösung ab 01.08.2007, Übernahme der verbleibenden Klassen an die Lambertischule zum 01.08. 2008, 2009, spätestens jedoch 2010 in Abstimmung mit der Schulkonferenz der Martinschule

(bisher: auslaufende Auflösung ab 01.08.2005, Übernahme der verbleibenden Klassen an die Lambertischule zum 01.08.2006, 2007, spätestens jedoch 2008 in Abstimmung mit der Schulkonferenz der Martinschule)

Auch dieser Vorschlag führt bereits zu gewissen Nachteilen für die Schüler, Nachteilen bei der Lehrerversorgung und höheren Kosten (2004 bis 2010 ca. 227000 €). Daher muss hierzu noch die Zustimmung der Schulaufsicht eingeholt werden. Die Investition an der Lambertischule kann zwei Jahre später erfolgen, was aber in den oben genannten Kosten bereits enthalten ist. Über den relativ überschaubaren Zeitraum müssten diese Nachteile mit dem Vorzug einer dann einvernehmlichen Regelung abgewogen werden.

Der Vorschlag wurde einem Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens am 28.01.2004 erläutert. Eine Stellungnahme steht wegen des relativ kurzen Zeitrahmens und des notwendigen Abstimmungsbedarfs mit den übrigen Vertretungsberechtigten noch aus. Über das Ergebnis wird in der Sitzung berichtet.

**Hinweis:**

Sollte es zu einer Verständigung auf einen Kompromissvorschlag kommen, müssten die Vertretungsberechtigten erklären, dass sie auf die Durchführung des Bürgerentscheides verzichten. Anschließend müsste allerdings das Verfahren zur Anhörung der Schulen gem. § 15 Schulmitwirkungsgesetz bezogen auf die geänderten Beschlüsse zur Schulschließung und Bildung von Schulbezirken und zum Schulentwicklungsplan erneut durchgeführt werden.

Anlagen:

Schreiben der Elterninitiative  
Kostenvergleich